

Annoucen-
Annahme-Direc-
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)

bei C. F. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Striesand,
in Meseritz bei H. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Direc-
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Paube & Co.,
Haaftenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidenbank“.

Nr. 167.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 7. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepalte Bettseite oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 6. März. Der König hat den Regierungs-Assessor von
Bischoffshausen zum Landrath, und den Direktor der „Schule der Ton-
kunst“ und der „Berliner Sinfonie-Kapelle“ Janke zum Gesanglehrer
bei dem königlichen Domchor hieselbst ernannt.
Dem Oberlehrer Dr. Humbert an dem Gymnasium und der mit
demselben verbundenen Realschule zu Bielefeld ist das Prädikat Pro-
fessor beigelegt worden.
Dem Landrath von Bischoffshausen ist das Landrathamt im
Kreise Pinneberg übertragen worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung.

Berlin, 6. März. 1 Uhr. Am Ministertisch Friedberg mit meh-
reren Kommissarien.
Zur Berathung steht der Etat des Justizministeriums,
zunächst der Einnahmen.
Abg. Hansen will nicht die Frage wegen der generellen Ermäßig-
ung der Gerichtskosten wieder anregen, aber doch den Minister auf
den anscheinend unerheblichen, aber für das Interesse der Prozessfüh-
renden wichtigen Umstand hinweisen, daß die Gerichtsvollzieher die Kosten
jedesmal für jeden einzelnen gerichtlichen Akt einzuziehen bezeugt sind
und dadurch der Partei ganz unverhältnismäßige Porto und Kosten
verursachen. So sind in einem dem Redner bekannten Falle in einer
Instanz successive zwölf kleine Spottsposten von 80 Pf., 1 M. 50 Pf.,
dergl. jedesmal mit 30 Pf. und mehr wenig Anschlag von der
Partei erhoben worden. Dem müßte doch abgeholfen werden, ent-
weder so, daß die Gerichte sich beim Beginn des Verfahrens von der
Partei für die Instanz einen beliebigen Vorschuh geben lassen,
oder so, daß sie der Partei die Kosten bis zum Schluß kreditiren.

Der Minister antwortet mit einer zustimmenden Bewegung.
Bei den Ausgaben (Kap. 71 Gehalt des Ministers) bringt Abg.
v. Szadzewski das Verlangen der russischen Behörden zur
Sprache, daß die Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit überhaupt
alle gerichtlichen Dokumente, die für den Bereich des russischen
Staates bestimmt sind oder dort Anerkennung finden sollen, mit ver-
schiedenen Bescheinigungen, resp. Legalisationen versehen werden,
u. A. auch, daß die Unterschrift des Notars, des Richters oder der
Gerichtsbehörde auf den Dokumenten durch den Präsidenten des
Oberlandesgerichts mit der ausdrücklichen Klausel legalisirt werde,
„daß die resp. Dokumente nach Form und Inhalt den im Bereiche
des deutschen Reiches, des preussischen Staates oder der bezüglich
Provinz bestehenden gesetzlichen Bestimmungen entsprechend verfaßt
sind.“ Der zitierte Präsident des Oberlandesgerichts in Posen
legalisirt in der gewünschten Form die vor einem Notar verlaubarten
Akte, nicht aber die vor Gerichtsbehörden vorgenommenen, begnügt
sich vielmehr bei den letzteren mit der Bescheinigung über die Identi-
tät der Unterschrift des instrumentirenden Richters. Seine Ansicht,
daß die von einem preussischen Richter verlaubarten Akte in gesetz-
lichen Formen abgefaßt sein müssen und daß dies nicht erst der
Bescheinigung bedarf, ist theoretisch ganz korrekt und wäre auch auf
die Noten anwendbar; aber in praxi führt das zur Zurückweisung der
Dokumente seitens der meisten russischen Gerichtsbehörden und zu
schwerer Schädigung der Interessenten. Der Präsident ist also durch
den Minister anzuhalten, daß er den Anforderungen der russischen Be-
hörden entspreche oder es ist eine Form für die Legalisation zu ver-
einbaren, die von den Gerichtsbehörden in Posen anstandslos zur Gel-
tung gebracht werden könnte.

Justizminister Friedberg: Ich habe bereits Maßregeln in diesem
Sinne getroffen und bin mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts
in Posen deshalb in Verbindung getreten. Einzelne Beschwerden sind
auf diesem Wege bereits abgestellt worden. Sollte es nicht möglich
sein die Frage überhaupt im Verwaltungswege zu erledigen, so wird
durch Verbindung mit dem auswärtigen Amt eine einfachere und für
die Gerichtseingekessenen günstigere Form in Bezug auf die Beglaubig-
ungen herbeizuführen sein.

Abg. v. Ludwig: Das neue Kostengesetz illustriert folgender Fall:
Einer armen sechsundzwanzigjährigen Frau wurde von ihrem Nachbar ein Korb
voll Gras im Werthe von 20 Pf. weggenommen. Der Mann wurde
vom Amtsvorsteher zu einer Strafe von 15 Mark verurtheilt. Er
machte jedoch im Zivilwege sein Eigenthumsrecht an diesem Grade
geltend und gewann den Prozeß. Die arme Frau hatte außer den
Gerichtskosten, welche sie wegen Inanspruchnahme des Armenrechtes
nicht zu zahlen brauchte, 140 Mark Anwaltsgebühren zu zahlen. Diese
wurden auf ihr kleines, 30-40 Thlr. werthes Besitzthum eingetragen,
welches nunmehr sub hastam kommen wird. Könnte der Herr Justiz-
minister dieser armen Frau ihr Besitzthum nicht erhalten, indem er
diese Kosten auf die eine oder die andere Art beseitigt? Jetzt wird
von der Justiz eine Art von Wucherthum getrieben, durch die das
arme Volk bedrückt und in der Rechtsfindung eingeschränkt wird. Diese
Höhe der Anwaltskosten rührt daher, daß in der Reichstagskommission
fast nur Rechtsanwälte saßen. Eine beklagenswerthe Thatsache ist es
auch, daß Anwälte und Richter nach dem Aussterben der alten Pa-
trimonialrichter nicht wissen, wie es auf dem platten Lande aussieht.
Es hieß früher, die Amtsrichter sollten auf dem Lande wohnen. Sie
leben aber ohne sonner mit dem platten Lande immer noch in den
Städten, sie begnügen sich auch nicht damit, sondern streben immer
noch Höherem. Eine Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die
Richter dauernd an einen Ort gefesselt werden. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär Rindfleisch: Der erwähnte Fall liegt doch
wesentlich anders. Es handelt sich um ein freitragendes Stück Land, von
welchem der Mann den Korb Gras nahm. Er wurde darauf von der
Frau wegen Polizeikontravention denunzirt, machte dem Polizeianwalt
gegenüber sein Eigenthumsrecht an dem Lande geltend und wurde auf
den Civilweg verwiesen. In dem Termin erschien die alte, hilflose
Frau im Verstande eines Herrn v. Ludwig, voraussichtlich also des
Herrn Vorredners selbst. (Große Heiterkeit.) Es wäre ja anerkennens-
werth, wenn jeder Grundbesitzer sich seiner wirthschaftlichen annehme.
Herr v. Ludwig, der sonst ja ein so guter Advokat ist, hätte sich aber
seiner Klientin besser annehmen müssen. Wäre das Werthobjekt jenes
Streifen Landes nicht zu hoch angegeben worden, so wären die Kosten
nicht so groß gewesen. Die Differenz zwischen den jetzigen und den
früheren Kosten ist nicht bedeutend, zumal nachdem die Zustellungsgebühren

in Wegfall gekommen sind. Daß die armen Leute unter diesen Kosten om
meisten leiden, ist unrichtig. Von dem gesetzlich erweiterten Armenrecht
wird der umfassendste Gebrauch gemacht. Die Verührung der Richter
mit dem platten Lande wird der Vorredner am besten dadurch fördern,
wenn er darauf hinwirkt, daß die Justiz einen recht starken Zugang aus
den Kreisen der ländlichen Grundbesitzer bekommt. Daß die Amts-
richter auf den Dörfern oder in kleinen Städten nicht gern verweilen,
wird Jeder begreifen, der die Zustände in jenen Orten kennt.

Abg. Günther (Fraustadt) bespricht die Aufhebung kleiner, nicht
genügend beschäftigter Amtsgerichte, sowie die Zurendung von Orts-
schaften an solche, wünscht eine Aenderung des § 23 der Strafprozeß-
ordnung, nach welchem bestimmte richterliche Personen, welche in der
Voruntersuchung thätig waren, von der Hauptverhandlung ausge-
schlossen sind, und beklagt die republikanische Einrichtung der größeren
Amtsgerichte, da die große Selbständigkeit der einzelnen Richter
lästige Weitläufigkeiten mit sich bringt, indem der Minister gezwungen
ist mit jedem Einzelnen zu verhandeln.

Justizminister Friedberg: Da am 1. Oktober 1882 der Termin
abläuft, bis zu welchem durch königliche Verordnung sowohl die Sitze,
als der Bezirk der Gerichte geändert werden können, so ist bereits an
alle Gerichte eine Verfügung mit der Aufforderung ergangen, sich dar-
über auszusprechen, ob und welche Aenderungen in der bestehenden
Organisation zweckmäßig wären. Bezüglich der Amtsgerichte heißt es
in der Verfügung, daß nur solche aufgehoben werden sollen, die so
wenig beschäftigt sind, daß ihre Aufrechterhaltung eine Verschwendung
von Richterkräften wäre und deren Nachbargerichte nicht weit entfernt
sind. Dieser Passus ist sehr vorsichtig gehalten und hat dennoch einen
wahren Sturm in der ganzen Monarchie erregt. Nirgend will man
bestehende Amtsgerichte auflösen lassen. Mit meinem Willen gebe auch
ich kein Amtsgericht auf, es müßten denn zwingende Gründe für eine
solche Maßregel sprechen. Nachdem wir die ungeheure Organisation
durchgeführt haben, brauchen wir zunächst Ruhe, nicht nur in der Ge-
setzgebung, sondern auch in der Gerichtsorganisation. Betreffs des
§ 23 der Strafprozeßordnung muß auch ich mein Bedauern aussprechen.
Er ist entstanden aus übergroßer Besorgniß für den Verfolgten. Die
Strafprozeßordnung ist aber Reichsgesetz und kann nur durch die gesetz-
geberischen Organe des Reiches geändert werden. Sollte eine solche Ände-
rung geplant werden, so werde ich bezüglich dieses Paragraphen mich den
Wünschen des Vorredners anschließen. Was die Klage über die re-
publikanische Einrichtung der größeren Amtsgerichte betrifft, so bemerke
ich, daß in dem Regierungsentwurf seiner Zeit das Amt eines
Direktors vorgesehen war, aber von der Selbstvertretung fallen gelassen
wurde. Die einzelnen Richter sind souverän gemacht worden. Das
Parlament also hat die Verantwortung, nicht die Regierung. Ich
würde wünschen, daß an der Spitze der größeren Amtsgerichte Direk-
toren ständen, an die ich mich halten könnte; ob aber eine solche Ände-
rung in Aussicht ist, kann ich keineswegs sagen. Wir müssen eben
unsere Wünsche bezüglich der Organisation soviel wie möglich zurück-
halten.

Abg. Reichensperger (Köln): Wenn der Abg. v. Ludwig
darauf hingewiesen hat, daß in der Reichsjustizkommission nur Advoka-
ten waren, so ist das nicht richtig. Und außerdem kann man den
Mitgliedern der Kommission doch nicht nachweisen, daß sie in ihrem
eigenen Interesse gehandelt hätten. Ich halte die Berufung gegen
Urtheile in Strafsachen für nothwendig, da es außerordentlich gemagt
ist, über Strafsachen ein für alle Mal abzurtheilen. Der Minister
sollte da nach den verschiedensten Seiten hin Erhebungen anstellen
lassen. Eine Ermäßigung der Prozeßgebühren ist freilich noth-
wendig, aber ebenso eine solche der außergerichtlichen Kosten. Wir
ist ein Fall bekannt, wo für die hypothekarische Eintragung
von 300 Mark 14 Mark 50 Pf. Kosten bezahlt wurden. Ferner ist
die stets zunehmende Schreiberlei namentlich an Handelsgerichten zu be-
klagen. Insbesondere ist das Oberlandesgericht zu Köln das Schmerzens-
land der Gerichtsorganisation. Dort müssen jetzt Richter das selbst
schreiben, was früher Advokaten und Gerichtsschreiber geschrieben haben.
Die Räte sind im Range heruntergesetzt, da sie nun den Amts- und
Landrichtern gleichgestellt sind; aber auch an Gehalt haben sie ein-
gebüßt. Außerdem ist die Arbeitslast bedeutend gestiegen. Zu bedauern
ist weiter, daß die Präsidenten der Gerichte lediglich Verwaltungs-
beamte sind. Die Ausgaben der Justiz sind um einige Millionen ge-
stiegen, nicht in demselben Verhältnis aber die Einnahmen. Wenn hier
früher gesagt wurde, daß an den bedeutenden Ausgaben die vortheil-
haftere Stellung der Gerichtsbeamten Schuld trage, so ist das nicht
richtig. Wenigstens haben in der Rheinprovinz subalterne Beamte und
Gerichtsvollzieher kein höheres Einkommen als früher. Man nennt die
Justizorganisation eine echt deutsche That, sie ist aber das Gegentheil
davon, sie ist eine französische That. Dieses Zentralisiren, Uniformiren
und Kodifiziren haben wir von Frankreich. Man hätte auf die Tradition
mehr Rücksicht nehmen sollen. Ich theile nicht die Sehnsucht nach einer
einheitlichen Kodifizirung unseres gesammten Zivilrechts, wir sollten
die alten Vorzüge bestehen lassen und lieber Uebelstände tragen, als
Alles auf einmal aufzuräumen, um eine Saat zu pflanzen, die so wenig
nützliche Reime enthalten kann, als die Justizorganisation.

Justizminister Friedberg: Diese Ausführungen gehören eher
in den Reichstag, als in das Abgeordnetenhaus. Namentlich waren
sie damals zu machen, als die Reichsjustizgesetze berathen wurden, an
denen der Vorredner einen wesentlichen Antheil hat. (Abgeordneter
Reichensperger: Ich habe dagegen gestimmt!) Ob die Berufung
gegen Urtheile der Strafkammern einzuführen sei, ist eine der lebhaftest
verhandelten Fragen im Reichstage gewesen. Was die hohen Kosten
von Hypothekeneintragungen betrifft, so haben dieselben mit den Reichs-
justizgesetzen nichts zu thun, sie beruhen auf dem Tarif der Grundbuch-
ordnung, der bereits vor den Reichsjustizgesetzen bestand. Bezüglich
des provincialen Schmerzenslandes des Vorredners bemerke ich, daß die
Mitglieder des Kölner Oberlandesgerichts nicht im Range herunter-
gegangen sind. Es wurden die Amts- und Landgerichtsräte im
Range erhöht, wodurch sie jenen gleichstehen. Nun kann man doch
nicht von der Rängeerhöhung des einen Theils auf eine Zurück-
setzung des anderen schließen. (Sehr richtig!) Die Räte des
Oberlandesgerichts in Köln schreiben und arbeiten nicht mehr, als die
Räte anderer Gerichte. Man konnte der Rheinprovinz
ihre disparaten Einrichtungen nicht lassen, sonst wäre eben eine Einheit
in der deutschen Justiz nicht möglich gewesen. Die rheinischen Richter
sind ebenso preussische Richter, wie alle anderen. Auf meine Anfrage
hat der dortige Präsident erklärt, er brauche keine weiteren Kräfte.
Köln leidet an der Uebergangszeit mit den alten Sachen, die immer
vertagt werden. Mögen da die Herren zuerst helfen, dann werden
auch die Klagen über zu viel Arbeit verstummen.

Abg. Berger bemängelt die Auslegung und Anwendung,
welche das Enteignungsgesetz von 1874 in der Praxis vielfach erfahren
hat. Er hält den Begriff des „öffentlichen Wohles“ für einen zu
vagen und betont die Nothwendigkeit einer präziseren gesetzlichen
Regelung.

Abg. Schmidt (Stettin) wünscht, daß ebenso wie die Standes-
register auch die Grundbücher aus besserem Papier hergestellt würden
als bisher, da übertriebene Sparsamkeit bei diesem Punkte gewiß nicht
am Plage sei.

Unterstaatssekretär Rindfleisch konstatiert, daß hierüber Klagen
noch nicht an die Zentralstelle gelangt seien. Vorhandenen Uebelstän-
den werde jedoch abgeholfen werden.

Abg. Birchow kommt auf den Fall Saarbaum zurück, wegen
dessen er in letzter Zeit wiederholt von amtlichen Blättern, wie der
„Saar- und Bielefelder Zeitung“, und unabhängigen Organen, wie dem
„Düsseldorfer Anzeiger“, angegriffen worden ist. Alle diese Urtheile
beruhen aber auf einer ungenauen Kenntniß der Dinge. Man hat es
immer so dargestellt, als ob das Gutachten zu einer Zeit abgegeben
worden, als das Urtheil bereits gefällt war. Das ist ein Irrthum.
Ich habe das Gutachten vorher erstattet, und der Unterstaatssekretär
des Kultusministeriums hat auch davon den Vorwissen den des Schwur-
gerichts Kenntniß gegeben. Ich persönlich habe nichts davon gewußt,
ob der Mann im Zuchthause war. Ich habe die gerichtlichen Ver-
handlungen aus sieben Regierungsbezirken durchgesehen und kann daher
die einzelnen Fälle unmöglich im Kopfe behalten. Ob man trotz dieser
Erklärung fortfahren wird, mich anzugreifen, weiß ich nicht. Es scheint
aber, als ob gewisse Leute das Bedürfnis haben, mir etwas anzuhän-
gen. Jedenfalls sind hierbei die Fragen gerechtfertigt: durch welche
Vorsichtsmaßregeln kann derartigen Fehlern vorgebeugt werden, und
ist es nicht an der Zeit, dem unschuldig Verurtheilten von Staats-
wegen eine angemessene Entschädigung zu Theil werden zu lassen?
Den Lektoren zur Wiederaufrichtung seiner Existenz an die öffentliche
Mildthätigkeit zu verweisen, hat doch stets etwas Beschämendes.

Justizminister Friedberg: Ein Theil der Beschwerden des
Vorredners in Betreff des Falles Saarbaum ist durch eine Verordnung
des Kultusministeriums bereits erledigt worden. Außer dem Fall Saar-
baum ist mir nur ein Fall bekannt, in welchem jemand nach zehnjähri-
ger Zuchthausstrafe freigesprochen worden ist. Die Verurtheilung war
auf das Geständniß des Angeklagten erfolgt, daß er diesen Menschen
auf offener Landstraße ermordet habe. Dieses Geständniß war ein
salfches und wie mir der Vorsitzende des freisprechenden Schwurgerichts
mittheilte, nur deshalb abgegeben, weil der Betreffende damals mora-
lisch und physisch so heruntergekommen war, daß er nur die Wahl
hatte, entweder sich selbst das Leben zu nehmen oder es sich durch einen
Richterspruch nehmen zu lassen. Sein Geständniß war übrigens durch
eine Reihe von Umständen beglaubigt worden. Die Frage, ob einem
unschuldig Verurtheilten nicht von Staatswegen eine Entschädigung zu
Theil werden müsse, hat ihre zwei Seiten. Bedenken Sie nur, daß
eine Reihe von Existenzen das unschuldig Verurtheilten zum Ge-
werbe machen könnte und daß es nicht sehr schwer werden würde, sich
durch Zeugnisse zu einer Verurtheilung zu verhalten, um eine Entschä-
digung vom Staate zu bekommen. Ich will damit nicht sagen, daß
unschuldig Verurtheilte nicht unsere volle Theilnahme verdienen und
daß ihnen nicht jedwede Unterstützung genährt werden möge. In
diesem Falle aber habe ich mich gegen jede Entschädigung ausgesprochen,
weil mir der Mann einer Theilnahme nicht würdig erschien. Dürfte
ich die Details Ihnen vorlegen, so würde Ihr allgemeines Verdict da-
hin gehen: der Mann verdient kein Mitleid.

Abg. Grundler stellt an den Minister die Anfrage, ob die
Staatsregierung der Untersuchung über das Ueberhandnehmen der
Unterklagungen von Münzelgeldern seit Einführung der neuen Ver-
mundschafts-Ordnung näher getreten ist, und welche Resultate er-
langt sind?

Justizminister Friedberg: Schon am 29. April 1879 ging von
Seiten des Justizministers an die damaligen Appellationsgerichte ein
Reskript, in welchem die Klagen über das neue Gesetz besprochen wer-
den und zur Erforschung der Thatsache eine Uebersicht verlangt wird,
wieviel Verurtheilungen von Vormündern vorgenommen, auf welche
Strafen erkannt sei und auf welchen Betrag die Unterklagungen sich
belaufen in den Jahren 1876, 77, 78? Nach Ablauf dieser Zeit wurde
das Reskript erneuert und die Resultate der statistischen Untersuchung
gestaltet sich prima vista leider sehr ungünstig. (Sehr richtig!) lassen
aber keineswegs einen Schluß auf die Schuld der neuen Vormund-
schaftsordnung zu oder auf die Vorzüge der früheren gegenüber der
jetzigen. Auch früher fanden Verurtheilungen statt, da uns aber sta-
tistische Erhebungen aus dieser Zeit fehlen, so läßt ein Vergleich sich
nicht anstellen. Während vom Jahre 1876 bis 78 eine Zunahme der
Anzahl der Verurtheilungen statt hat, ist bis zum Jahre 1880
wieder eine Verminderung eingetreten, die Anzahl der Vormund-
schaften aber von Jahr zu Jahr gleichmäßig gestiegen. Die Ursache
dieser Zunahme von Verurtheilungen ist sicher in dem Uebergangs-
stadium von der alten zur neuen Vormundschaftsordnung zu
suchen. Bei der Freiheit der letzteren war es vielseitig Ansicht, daß die
Benutzung der Münzelgelder im eigenen Geschäft und Interesse nicht
als Unterklagung angesehen werden könne; nach und nach sind aber
die Vormünder sich hierin klar geworden. Schmerzlich wird aber
auch in den Kreisen der Gerichtseingekessenen aus Mangel an Achtung
vor der Gesetzgebung. Die Oberlandesgerichte klagen darüber, daß in
ländlichen Kreisen und Gutsbezirken, wo der Gutsherr die Waisen-
räthe ernannt, zu denselben Rutscher, Bänder, Krüger und Ziegler ge-
nommen sind. Bei der mangelnden Bildung unter diesen Elementen,
gepaart mit einer gewissen Antipathie gegen die neue Gesetzgebung,
muß naturgemäß die Verwaltung eines solchen Amtes leiden. Es ist
aber Grund zur Hoffnung vorhanden, daß diese Abneigung bald schwin-
den und dann eine Besserung der Verhältnisse eintreten wird.

Abg. Winkhorst: Wir sind die Klagen über die neue Vor-
mundschaftsordnung nicht neu, aber sie kommen nur aus den alten
Provinzen Preussens, in denen sich die Leute nicht so reich von der
Bevormundung in bürgerlichen Angelegenheiten entwinden können.
Die Grundsätze des gemeinen Rechts sind im Weentlichen die des
neuen Gesetzes und eine Rückkehr zum alten preussischen halte ich für
sehr bedenklich. Die durch die Befreiung von dem Zwange der alther-
gebrachten Bevormundung hervorgerufenen Uebel durch ein Zurück-
greifen auf die abgeschafften Zustände abstellen zu wollen,
ist gefährlich. (Oh! rechts.) Ja, Sie können eben die Be-
vormundung nicht entbehren! Ein viel schwererer Umstand
ist die unermeßliche Höhe der Gerichtskosten, für die ich aber den Fi-
nanzminister verantwortlich mache. Wir Hannoveraner haben Opfer

gebracht, um den jetzigen Zustand herbeizuführen, der es mir gestattet, von Berlin aus in München einen Proceß nach allgemeinem deutschen Recht zu führen. Dringend möchte ich den Minister ersuchen, seine hier entwickelten Ansichten über die Aufhebung von Amtsgerichten und Veränderung in der Organisation aller Behörden in einem besonderen Zirkular mitzutheilen, um mit einem Schläge der herrschenden Unge- wissheit ein Ende zu machen. Was die Entschädigung von unschuldig Verurtheilten betrifft, so muß mehr gethoben, als bis jetzt geschah. Jedenfalls hängt diese Frage mit derjenigen der Berufungsinstanz zu- sammen. Da könnten wir dem Minister Material in Gülle und Fülle unterbreiten; mir werden die Schäden, die durch den Mangel der Be- rufung entstehen, seitens der Anwaltschaft und der Richter in den grellsten Farben geschildert. Eine zweite Instanz in Kriminalsachen müssen wir haben, denn es ist absolut intolerabel, sich dem Urtheil von fünf Männern unterwerfen zu müssen, die nicht nöthig haben, ihre Ueberzeugung zu demonstrieren.

Justizminister Friedberg: Der Vorredner hat in dankenswer- ther Weise meine Auslassung ergänzt; da die Vormundschaftsrichter in den neuen Provinzen früher schon eine viel freiere Stellung hatten, als in den alten, so ist in den neuen Provinzen im vergangenen Jahre nicht ein Fall von Veruntreuungen der Vormünder vorgekommen. Es ist zu hoffen, daß sich auch die alten Provinzen in die neuen Verhält- nisse sehr bald einleben werden.

Abg. v. Ludwig: kommt nochmals auf den von ihm berührten Fall zurück und hält seine Behauptungen unter Hinweis aufrecht.

Beim Kapitel 72 (Justiz-Prüfungs-Kommission) führt **Abg. Gröndler** aus, daß nach Einführung der neuen Zivilprozeßordnung die wesentlich den Hannoveranern zu verdanken gewesen, die Ausbil- dung der Richter Manches zu wünschen übrig lasse. Nöthig sei ein 4jähriges Studium, Verlegung des Schwerpunktes der Ausbildung der Referendare in die Rechtsanwaltschaft, 1jähriges praktisches Arbeiten bei der Verwaltungsbehörde und größere Kenntniß des Staatsrechts. Dagegen könnte die 6monatliche Arbeitszeit beim Staatsanwalt auf eine 3monatliche herabgesetzt werden. Auch müßte der Titel Justiz-Prüfungs-Kommission in den alten Titel Immediat-Examinations- Kommission zurückverwandelt werden.

Abg. Windthorst: Die Zivilprozeßordnung ist nicht im Inter- esse Hannovers gegeben worden. Wenn man sich mit den neuen Ver- hältnissen nicht befassen will, dann stelle man Hannover wieder her. (Seitert.) Die Ausbildung der Juristen ist eine wichtige Frage. Es wäre besser, wenn die Referendare länger bei den Advokaten beschäftigt würden, ja ich wünschte, daß sämtliche Richter aus der Advokatur genommen würden, wie dies in England der Fall ist. Das mündliche Verfahren ist freilich, insbesondere für minder Begabte, weniger zur Ausbildung geeignet, als das schriftliche, doch hat dies keine so weit- tragende Bedeutung. Die Amtsrichter sollen sich nur um die jungen Leute mehr kümmern. Um das Studium ist es ebenfalls grundschlecht bestellt. Die Referendare sollten sich weniger am Früh- und Abend- schoppen beteiligen, dagegen wäre es sehr vortheilhaft, wenn sie von ihren vorgelegten Richtern in deren Familien eingeführt würden.

Das Kapitel wird darauf genehmigt.

Der Rest des Stats wird ohne Debatte genehmigt.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (West- fälische Landgüter-Ordnung; Stat des Auswärtigen Amtes und des Handelsministeriums)

Politische Uebersicht.

Wien, den 7. März.

Die kirchenpolitische Kommission trat gestern in die zweite Sitzung am 2. d. M. Die konservativen Anträge Nr. 1 und 2 (Benennungspflicht und Einspruchsrecht). Der Antrag Nr. 1 trenne die Benennungspflicht und das Einspruchsrecht inquali und in quanto; erstere würde allgemein beibehalten werden, letzteres dagegen hinsichtlich derjenigen Geistlichen, welche nur als Hilfsgeistliche fungieren, im Allgemeinen fortlassen und nur in den Fällen beibehalten werden, in welchen sie ein ständiges Amt oder ein ständiges Einkommen haben. **Abg. Grünhagen** verlas das fortschrittliche Revisionsprogramm betreffs Benennungspflicht und Einspruch; in die Maigesetze könne indessen dieses Programm nicht ein- gefügt werden; es könne nur durch eine gründliche Revision der Maigesetze in dieser Richtung vorgegangen werden. **Abg. Freiherr v. Zebly** begründete den freikonservativen An- trag; er erklärt, daß er und seine Freunde, wenn der Art. 5 und der Bischofsparagraf in einer für sie unannehmbaren Fassung angenommen würden, gegen das ganze Gesetz stimmen müßten. **Abg. Dr. Brühl** erblickte in dem fortschrittlichen Revi- sionsprogramm zwar ein Entgegenkommen gegen die Kirche; aber daselbe sei doch nur etwas Halbes und Inkonsequentes; er kritisiert sodann die konservativen und freikonservativen Anträge. **Abg. Dr. Windthorst** erklärte ebenfalls, gegen alle Anträge stimmen zu müssen; sprach sodann der Fortschrittspartei seine Anerkennung aus, nur müsse die Fortschrittspartei noch einen Schritt weiter gehen und den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche konsequent durchzuführen. **Abg. Dr. v. Cuny** kann diesen Grundsatz nicht adoptiren; das fortschrittliche Programm beruhe auf der falschen Anschauung, als ob der Staat nur deswegen, weil er den Geistlichen ge- wisse Privilegien u. s. w. gewähre, einen Einfluß auf ihre Anstellung beanspruchen dürfe. Der Kultus- minister erklärte sich gegen den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche; was den konservativen Antrag betreffe, so wolle derselbe das, was im Artikel 5 der Regierungsvorlage als die Ausnahme behandelt werde, zur Regel machen. Bei der Abstimmung wurden alle Anträge abgelehnt. Der konservative Antrag Nr. 2 will den Artikel 4 der Regierungsvorlage wieder- herstellen. **Abg. v. Bennigsen** erklärte, daß er und seine Freunde vorbehaltlich der Abstimmung im Plenum jetzt für den Artikel 4 stimmen würden, der mit der Fall'schen Vorlage von 1873 und mit dem, was in anderen deutschen Ländern Rechtens sei, überein- stimme. **Abg. Grünhagen** gab zu, daß das fortschrittliche Pro- gramm den Boden der Maigesetze insofern völlig verlasse, als nach der Absicht der Fortschrittspartei das Einspruchsrecht keine Wirkung auf die kirchliche Stellung des Geistlichen mehr ausüben solle. Nachdem **Abg. Dr. Reichensperger** seinen Abänderungsan- trag zurückgezogen hatte, wurde der Artikel 4 der Regierungs- vorlage mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ über die russischen Zollverhältnisse hat folgenden Wortlaut:

„Kaum haben unsere an dem deutschen Export nach Rußland be- theiligten Industriellen und Kaufleute Zeit gehabt, sich in die neuen Verhältnisse einigermaßen einzuleben, welche durch die wiederholten er-

heblichen Steigerungen des russischen Zolltarifs herbeigeführt worden sind, so droht ihnen schon wieder neue Beunruhigung von der näm- lichen Seite. Wie uns mitgeteilt wird, soll man in Petersburg Zollbepartement abermals mit bedeutenden Zollerhöhungen umgeben, vor Allem für Chemikalien, Farben, Farbwaren, rohe Häute, Metall- waaren aus Meßing u. s. w., Leinen- und Futewaren. Zugleich sollen alle bisher zollfrei gemessenen Artikel einer Zolle unterworfen werden. Sind es auch augenblicklich nur erst Gerüchte, mit denen wir es hierbei zu thun haben, so scheinen uns dieselben nach den Erfahrungen der letzten Jahre doch immerhin sehr beachtenswerth; denn auch in den früheren Fällen russischer Tarifierhöhungen drangen nur mehr oder weniger beglaubigte Gerüchte darüber zu uns, bis plötzlich zur Ueberraschung der diesseitigen Be- theiligten die Thatfachen ihnen schnell und ohne schonende Fröngewäh- rung folgten. Indem wir daher unserer publizistischen Pflicht gemäß die interessirten Kreise auf diese Gerüchte zeitig aufmerksam machen, wollen wir uns damit nicht schon von der Hoffnung lösen, daß die Gerüchte diesmal doch vielleicht nur Gerüchte bleiben. Sollten sie sich aber bewahrheiten, so würde unserer Meinung nach die Frage der Re- pressalien endlich doch einmal ernstlich ins Auge gefaßt werden müssen. Zwar wird Niemanden einfallen, das Recht der russischen Regierung zu fortwährenden Aenderungen und Erhöhungen des russischen Zoll- tarifs irgend in Zweifel zu ziehen, aber man wird sich doch fragen dürfen, ob der Gebrauch, den die russische Regierung von diesem Rechte macht, nicht ein derartiger sei, daß der ruhige Nachbar davon gar zu oft und gar zu sehr beeinträchtigt wird. Wögen die freundschaftlichen politi- schen Beziehungen zu dem großen Nachbarreiche auch eine ausreichende Erklärung dafür geben, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete nicht bisher schon Abwehr oder Vergeltung solcher immer wiederkehrenden Störungen gesucht haben, so kann doch die Unterordnung der wirt- schaftlichen Rücksichten unter die politischen nicht dauernd und nicht immer bloß von unserer Seite geübt werden. Vielmehr würde auch unsererseits — unbeschadet des Wunsch und der Hoffnung auf fer- nere Erhaltung und Befestigung des besten politischen Einvernehmens mit Rußland — endlich dazu übergegangen werden müssen, der russi- schen Ausfuhr nach Deutschland das zu vergelten, was unserer Aus- fuhr nach Rußland in immer neuen Aenderungen und Beunruhigungen zu Theil wird. Wenn diese unseres Dafürhaltens nothwendige Folge die russischen Finanzbehörden erwägen und berücksichtigen möchten, so würde es freilich für beide Theile wohl besser sein.“

Aus Paris wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben:

„Obgleich General Skobjelow nach Petersburg zurück- befohlen wurde, so dauern die russischen Wühlereien für ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich doch fort. Der Herzog von Leuchtenberg, der sich mit seiner Gemahlin, einer Schwester des Generals Skobjelow, seit einigen Tagen in Paris befindet, soll jetzt die betreffenden Bem- ühungen unterstützen, hatte auch bereits mehrere Unterredungen mit **Gambetta**, der den Russen in der Ueberzeugung erhält, daß er binnen Kurzem wieder an der Spitze der Regierung stehen werde, so daß dann Frankreich und Rußland mit aller That- kraft gegen ihre gemeinschaftlichen Feinde vorgehen könnten.“

Das serbische „Königreich“ ist eine Ueberraschung eigener Art, die uns aus Belgrad durch den Telegraphen gestern geworden ist. In unserer Zeit der unbeschränkten Oeffentlichkeit, wo es kaum noch diplomatische Geheimnisse giebt, hätte man eine solche Ueberraschung kaum noch erwarten können. Daß es dem Fürsten **Milan** bei der Erhebung des Fürsten **Karl** von Montenegro gelungen ist, die Vorber des Miltiades nicht schlafen lassen, das, sagt die „National-Ztg.“, wußte Jedermann, aber daß er so schnell sein Ziel erreichen sollte, ist für Europa bisher ein Geheimniß geblieben. Die vorjährige Reise des Fürsten nach Berlin und Wien hat an- scheinend vorzugsweise den Zweck gehabt, die Zustimmung des deutschen und österröichischen Kaisers zu seiner Rangerhöhung zu erlangen. Die Serben haben schon einmal den Versuch gemacht, Europa mit der Ausrufung des Fürsten **Milan** zum König zu überrumpeln, wobei allerdings der Königsmacher **Tschernajew** ein klägliches Fiasko machte, sie werden voraussichtlich diesmal vorsichtiger gewesen sein, als 1876 und sich erst der Zustimmung der Mächte zu dieser motu proprio vorgenommenen Erhebung ihres Fürstenthums zum Königreich versichert haben. Die korrekte Haltung Serbiens gegenüber dem bosnischen Aufstand hat jeden- falls die Gunst, die es bei den deutschen Mächten bereits genöß, erhöht.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 6. März. [Der Volkswirtschafts- rath und das Tabakmonopol. Zur kirchen- politischen Vorlage.] Die Zweifel, welche wir der allzu optimistischen Ansicht einiger Pressstimmen entgegensetzten, es würde sich im Volkswirtschaftsrath eine Majorität gegen das Monopol herausstellen, werden jetzt auch von denen bestätigt, welche sich jener Selbsttäuschung hingaben. Für den moralischen Eindruck zu Ungunsten des Regierungsprojekts darf man aber sicherlich schon mit der Thatfache zufrieden sein, daß eine sehr starke Minorität Opposition macht in einer Kör- perschaft, welche theils direkt, theils doch auf Grund von Vor- schlags-Wahlen von der Regierung ernannt ist, und zwar zu einer Zeit ernannt, als dieselbe schon mit dem Projekt des Ta- bakmonopols sich auf das Eingebendste beschäftigte. Ueber diese bloße Thatfache hinaus können die Verhandlungen des Volks- wirtschaftsraths aber keinerlei Bedeutung beanspruchen; das darf man, auch wenn man billiger Weise von einer Beurtheilung der- selben auf Grund der unzulänglichen Zeitungsberichte ab- sieht, doch nach der Lektüre der Protokolle sagen, welche der „Reichsanzeiger“ nun bereits über mehrere Sitzungen veröffentlicht hat. Zutreffende Aeußerungen und ganz oberfläch- liche, nutzlose Nebensarten finden sich da neben einander; aber Niemand wird behaupten können, daß das, was da sowohl aus den Plenarberatungen, als aus den Sektionen berichtet wird, nicht bei der Erörterung der bezüglichen Fragen im Parlament und in der Presse schon ganz ebenso dagewesen wäre. Die Ueberflüssigkeit der Institution des Volkswirtschaftsraths wird durch seine Verhandlungen noch viel überzeugender nachgewiesen, als durch alle gegen seine Begründung vorgebrachten Argumente. — In der governementalen Presse wird großes Kapital daraus geschlagen, daß einzelne oppositionelle Redner bei der Wahlagi- tation behauptet hätten, nach der Einführung des Monopols würde das Pfund des billigsten Rauchtobaks 5 M. kosten, wäh-

rend in dem jetzt vorliegenden Entwurfe dieser Preis auf 50 Pf. normirt sei. Wenn jene Behauptung während der Wahlbewe- gung wirklich aufgestellt worden, so wird sie sich auf die, im Berichte der Enquete-Kommission von 1873 konstatirte That- sache gestützt haben, daß die französische, von unseren Monopol- Schwärmern ja beständig als Muster angeführte Monopol-Ver- waltung das Pfund des billigsten Rauchtobaks für 6 Frs. 25 Cents verkauft, was genau einem deutschen Preise von 5 M. entspricht, obgleich das Pfund ihr selbst nur auf 82 Centimes zu stehen kommt. Der große Unterschied zwischen diesem Preise und dem in dem Regierungsentwurfe angeführten — für dessen Beibehal- tung auf die Dauer übrigens dort keine Garantie übernommen wird — erklärt sich daraus, daß in Frankreich der Hauptkonsum in Rauchtobak, in Deutschland dagegen in Zigarren stattfindet, was bewirkt hat, daß die französische Monopol-Verwaltung den verlangten Reinertrag durch hohe Belastung des Tobaks erzielt, während der deutsche Entwurf die Zigarren ungleich stärker heranzieht. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß nach der Einführung des Monopols in Deutschland der große Unterschied in der Steuerbelastung eine starke Verdrängung des Zigarren- durch den Tobaks-Konsum bewirken würde, worauf entweder der Ertrag weit unter jeder Schätzung bleiben oder eine Vertheuerung auch des Rauchtobaks nothwendig werden würde. — Ein von dem **Abg. Reichensperger** (Köln) zu § 4 der kirchenpolitischen Vorlage eingebrachter Antrag, wel- cher die Folgen der staatlichen Nichtzulassung eines Geistlichen darauf beschränken will, daß derselbe „keine staatliche Funktion ausüben“ und kein Staatsgehalt beziehen könne, zeigt auf das Deutlichste, wie vollständig der Klerikalismus für einige Zeit mit der Durchführung der auf der liberalen Seite angeregten Idee zufrieden wäre, eine Trennung zwischen „geistlichen“ und „staatlichen“ Funktionen der Geistlichen vorzunehmen und nur betreffs der letzteren die Falsche Gesetzgebung beizubehalten. Nachdem aber ausweislich der fortschrittlichen Resolution selbst die Fortschrittspartei auf diese Leimruthe nicht gegangen ist, wird man wohl auch auf sezessionistischer Seite, wo man sich auf jene Idee förmlich kaprizirt hatte, vorsichtiger werden.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 6. März. In dem Befinden des seit An- fang Februar erkrankten Markgrafen **Maximilian** von Baden, des Onkels des Großherzogs, ist durch das Sinken der Kräfte eine Verschlimmerung eingetreten, welche zu den ernstesten Be- fürchtungen Veranlassung giebt.

Karlsruhe, 6. März. Nach dem heute veröffentlichten Bericht war das Befinden des Großherzogs in der vergangene- Woche fortwährend befriedigend, sowohl hinsichtlich des Augen- leidens als auch hinsichtlich des Allgemeinbefindens. — **Mark- graf Maximilian** von Baden ist heute Nachmittag 5¼ Uhr o- rben.

Stettin, 6. März. Dem sozialist. Agitator **Dull** wurde die Fortsetzung seiner religiösen Vorträge auf Grund des Sozialistengesetzes poliz.lich verboten.

Wien, 6. März. Im Wahlreformausschusse stellte der **Abg. Wienbacher** den Antrag, daß in den Städten und Markt- flecken die Wahlberechtigung für den Reichsrath denjenigen Ge- meindeangehörigen erteilt werde, welche eine direkte Steuer von 5 Fl. zahlen. Der Ministerpräsident erklärte, er könne die Frage rücksichtlich der Ausdehnung der Wahlberechtigung auf die mit 5 Fl. Besteueren nur im Prinzip ins Auge fassen. Die Regie- rung habe sich mit dieser Frage schon früher beschäftigt, das Prinzip habe indess eine so große Tragweite, daß die Regierung nicht nur den Opportunitätsstandpunkt einhalten könne, sondern in bestimmter Weise dazu Stellung nehmen müsse. Im Hinblick auf die zu beachtenden politischen Momente sei die Regierung mit einer Erweiterung des Wahlrechts für den Reichsrath ein- verstanden, er könne indessen jetzt noch nicht auf Details eingehen, sondern müsse dies einer weiteren Verhandlung vorbehalten blei- ben. Im ferneren Verlaufe der Debatte betonte der Minister noch, daß die Regierung gegenüber dem Antrage **Wienbacher's** nicht bloß auf dem Standpunkte des Zulassens stehe, sondern den Antrag für einen entsprechenden und gerechten halte und daß sie daher die Einbeziehung der mit 5 Fl. Besteueren nur für wünschenswerth halten könne.

Wien, 6. März. Die „Presse“ erklärt die Nachricht von einem Präliminar-Uebereinkommen zwischen der österreichischen Re- gierung und der Gruppe Bodenkreditanstalt unter Theilnahme der Länderbank wegen Bedeckung des Defizits des Jahres 1882 für unrichtig mit dem Hinzufügen, daß hierüber bisher nach keiner Richtung hin irgend welche Besprechungen stattgefunden hätten. Es scheint vielmehr die Absicht zu bestehen, nach Zu- standekommen des Bedeckungsgesetzes eine Offertauschreibung wegen Uebernahme der zur Bedeckung des Defizits erforderlichen Titres zu veranstalten.

Wien, 6. März. Wie aus Ragusa gemeldet wird, ist eine Verwendung des dortigen britischen Konsuls für den ausgewie- senen Korrespondenten des „Manchester Guardian“, **Evans**, bei dem Feldmarschall-Lieutenant **Baron Jovanovic** ohne Erfolg ge- blieben und reist derselbe heute nach Fiume ab. Hinzugefügt wird, daß seine Frau, eine Nichte **Cladstone's** in Ragusa ver- bleibe. Es soll konstatirt sein, daß der verhaftete Korrespondent **Sopcevic** Verbindungen mit einem großserbischen Aktionskomitee in Belgrad und mit englischen Agitatoren unterhalten hat.

Paris, 6. März. Die Kommission für die Handels- verträge nahm den französisch-belgischen Handelsvertrag an. [Deputirtenkammer.] Der Antrag **Barodet's**, eine Kommission zur Prüfung der Wahlprogramme zu ernennen, wurde angenommen. Die Kammer zog den Antrag **Ballue's** von der äußeren Einkommen betreffend die Ernennung einer Kom- mission zur Prüfung aller Anträge bezüglich der Armee, sowie den Antrag **Biette's**, die zum Export bestimmten Gold- und Silbergegenstände in eine besondere Kategorie zusammenzufassen, in Erwägung.

Depeschen des „Temps“ aus Tunis berichten von Unruhen in Mahares, in der Nähe von Gabes, ebenso haben sich auch in der Gegend von Kairuan marodirende Banden gezeigt.

Paris, 6. März. Nach über Dran aus Meheria eingegangenen Nachrichten hat die Kolonne Mermet 18,000 Hammel und 300 Kameele erbeutet und eine andere Kolonne durch einen Eilmarsch Insurgenten-Abtheilungen von Si-Sliman überrascht, etwa 100 Insurgenten getödtet und zehn Duars weggenommen.

Marseille, 5. März. Der König von Sachsen ist auf der Reise nach Mentone heute Vormittag mit dem pariser Zug hier angekommen und nach kurzem Aufenthalte nach Kizza weiter gereist.

Petersburg, 6. März. Die Universität Charkow ist heute wieder eröffnet worden.

Newyork, 5. März. Der Dampfer „La ville d'Alger“, von Bordeaux hier angekommen, berichtet, daß er den Dampfer „City of Berlin“ der Inman-Strie, gehend von Liverpool nach Newyork, bis Kalifag im Schlepptau gehabt habe, weil dessen Maschinen außer Dienst gewesen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin, 4. März. Das Waarengeschäft hatte in der verfloffenen Woche in den meisten Artikeln einen ruhigen Verlauf, nur in Petroleum und Kasse ist der Verkehr lebhaft gewesen, der Abzug war beschleunigt.

Fettwaaren. Baumöl ruhig, vom Transitlager gingen 194 Ztr. ab, Galivoli 41 M. tr. zu notiren, anderes italienisches Del 40 M., Malaga 39,50 M. tr. gef., Corfu und Zante 37,50 M. tr. bez., 38 M. gefordert, Seifeöl 60 bis 70 Mark transito nach Qualität gef., Baumwollensamen-Del 30,00 M. verfi. gef., Palmöl ist in England höher, hier Lagos 35 M., old Calabar 34 M. verfi. gef., Palmkernöl fester, 23,50 M. verfi. gef., Cocosnußöl fester, Cochinal macht in der Haußbewegung in London weitere Fortschritte, hier 35,50 M. verfi. gef., Cenlon in Orhotten 33 Mark, in Ripen 31,50 Mark verfi. gef., Talg fest und höher, russisch gelb Lichtes 46 M., Seisen 46,50 M., Australischer 43-44 M. verfi. gef., Klein fest, Petersburger Newsh 36 M. verfi. gef., inländischer 23-29 M. gef., Schweinefleisch ging in Newyork ferner 1/2 c zurück und war auch hier matter, Zufuhr 302 Ztr., Abzug vom Transitlager 386 Ztr., Wilcor 54-53,25 M. trans. bez., Fairbank 53,50-53 M. tr. bez., Speck blieb in Folge der kleinen Borräthe von 866 Ztr. behauptet, long back 57-58 M., short clear 53,50 M. verzollt gef., Thran fand einige Nachfrage und ist fest im Preise, Berger Leber- brauner 58 M. bez., 59 M. gef., blauer 73 M., blauer Medijmal- 82 M. bez., 83 M. gef., per Tonne verfi. heller Ropenhagener Robben- 36 M. per Zentner verfi. gef., Schottischer 30-31 M. per Tonne gefordert.

Leinöl unverändert, Englisches 30 M. verfi. gef. Preussisches 30 M. gef. per Kasse ohne Abzug.

Petroleum erfuhr in Amerika eine kleine Steigerung von 1/2 c, die diesseitigen Märkte befestigten sich in Folge dessen und gingen auch die hiesigen Preise etwas höher, das Geschäft darin war recht belebt. Loko 7,55-7,70-7,60 Mark tr. bezahlt.

Der Lagerbestand am 23. Februar d. J. betrug 20,765 Brls. Angelommen sind von Bremen 455 „ 21,220 Brls. 7717 „

Versand vom 23. Februar bis 2. März d. J. 13,503 Brls.

Lager am 2. März d. J. gegen gleichzeitig in 1871 14,569 Brls., in 1880 1154 Brls., in 1879 3435 Brls., in 1878 5408 Brls., in 1877 2663 Brls., in 1876 1849 Brls. und in 1875 4740 Brls.

Der Abzug vom 1. Januar bis 2. März d. J. betrug 35,351 Barrels gegen 33,693 Brls. in 1881, 25,520 Brls. in 1880 und 17,790 Brls. in 1879.

Erwartet werden von Amerika 11 Ladungen mit 28,919 Brls.

Die Lagerbestände loco und schwimmend waren in:

Table with columns: Location, Date, Barrels, Brls. Rows include Stettin, Bremen, Hamburg, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam.

Italien. Pottasche fest, Ia Cajan 24 Mark gef., Deutsche 23-25 M. nach Qualität und Stärke gef., Soda behauptet, calcinirte Tenantsche 6,50 M. trans. gefordert, Newcasiler 5,50 bis 9 M. transito nach Qualität und Stärke gef., crystallisirte ist in England sehr fest, hier 3,50 M. transito pr. Brutto-Zentner bez.

Hatz ohne Veränderung. Amerik. Braun bis good strained 6,60-6,75 M. gefordert, helles 7,50-7,75 M. gefordert, französisches 7,70-8,50 Mark nach Qualität gefordert.

Farbehölzer behauptet, Blau-Campeche 10-12 M. gef., Domingo 6,50-7 M. nominell, Gelbhölzer 8-10 M. gef.

Kaffee. Die Zufuhr betrug 3323 Ztr., vom Transitlager gingen 1538 Ztr. ab. Auch in der verfloffenen Woche verlor die Artikel eine steigende Tendenz und namentlich in den Produktionsländern haben die Preise weiter angezogen. Das Telegramm von Rio und Santos meldet 100 Rs. höhere Preise. Die Vorräthe haben sich ganz bedeutend verkleinert, auch die wöchentlichen Zufuhren haben um die Hälfte abgenommen. An unserm Platz blieb das Geschäft sehr belebt, der Abzug nach dem Binnenlande war ganz betriebligend und schließlich der Markt sehr fest. Notirungen: Cenlon Plantagen 90 bis 105 Pf., Java braun bis fein braun 100-120 Pf., gelb bis fein gelb 85-100 Pf., blaß gelb bis blaß 70-85 Pf., grün bis fein grün 70-80 Pf., fein Campinos 55-60 Pf., Rio, fein 52-55 Pf., gut reell do. 46-50 Pf., ordinär do. und Santos 40 bis 45 Pf. transito. Reis geht besser ab, die Preise blieben unverändert, zugeführt wurden uns 304 Ztr. Wir notiren: Kadang und ff. Java Tafel- 28-30 M., ff. Japan und Patna 18 bis 20,50 M., Rangoon Tafel- 15-16 M., Rangoon und Arracan, gut 13-14 M., ordinär 10,50 bis 13 M., Bruchreis 9-10 M. trans.

Süßfrüchte. Rosinen unverändert, neue Cleme 26,50 M., trans. bez., 27 M. gef., Korinthen sind außerhalb steigend, hier neue 23 bis 23,50 M., alte 22 M. trans. gef., Mandeln wenig verändert, süße Palma, Argenti und Bari 92 M., süße Avola 104 M., Alicanti 106 M., bittere Mandeln 93-96 M. verfi. gef. Gewürze, Pfeffer matter, Singapore 77 M. verfi. bez., 78 M. gef., Biment stiller, 67 M. verfi. bez., Cassia lignea 71 Pf. versteuert

gef., Lorbeerblätter, stielfreie 19 M., Cassia flores 90 Pf., Macis-Blüthen 2,60 M., Macis-Rüße 3,20-3,50 M., Canehl 2,20-3,30 M., Cardamom 9,25-10,25 M., weißer Pfeffer 1,05 M., Nelken 1,45 M., Bengal Ingber 55 Pf. Alles versteuert gef.

Zucker. Von Rohzuckern wurden Anfangs noch 6000 Ztr. I. Produkt mit 32,20 M. gekauft, die Preise schließen indes sehr fest und sind seit unserem letzten Bericht um 1/2 bis 1 M. erhöht, so daß 32,50-33 M. gefordert wird. Raffinirte Zuckern haben sich in Folge dessen ebenfalls fester gestellt und erfuhren wieder eine lebhaftere Nachfrage.

Syrup behauptet, Ropenhagener 19,50 M. transito gef., Englischer 17 bis 19 M. trans. nach Qualität gef., Candis 11-12,50 M. gef., Stärke-Syrup 13 M. gef.

Leinamen bleibt vom Inlande gut gefragt bei regem Abzug. Bernauer Sae-Leinamen 29-30 M. gef., Windauer 29 M. gefordert, Rigauer puif 24,50 bis 25 M. gef., extra puif 25,50-26 M. gef. Mit den Eisenbahnen wurden vom 22. Februar bis 1. März 1274 Tö. versandt.

Hering. Das Geschäft darin hatte seit unserem letzten Bericht einen regelmäßigen Verlauf, der Versand mit den Verladungen wasserwärts im lebhaft gewesen und die Preise haben sich behauptet. Schottischer Crown- und Fullbrand 39-40 M. trans. bez. u. gef., Matties Crownbrand 34-35 M. tr. bez. und gef., Riged Crownbrand 32 bis 33 M. tr. bez. u. gef., Ohlen Crownbrand 31-31,50 M. tr. bez. und gef., Holländischer Hering hat sich nicht verändert, Voll- 39-44 M. tr. nach Qual. gef., kleiner Voll- 35 M. tr. gef., Ohlen 30-31,50 M. tr. gef. In französischem Hering fand ein ziemlich lebhaftes Geschäft statt, Voll- 33-34 M. und Matties mit 29-30 M. trans. bez. und gef. Von Stavanger hatten wir einen Import von 3013 Tonnen, von welchen 500 To. Fetthering zum Verkauf gelangten, der Rest bestand aus Schwedischem Hering, welcher für hiesigen Markt nicht paßte und deshalb wieder ausgehen wird. Die Preise für Fetthering blieben unverändert, Kaufmanns- 27-30 M., groß mittel 31-33 M., reell mittel 27-30 M., mittel 17-22 M., klein mittel 14-16 M. und Christiania 11-12 M. tr. bez. und gef. Bornholmer Küsten- ist bis auf Kleinigkeiten geräumt, 30 M. tr. bez., 31 M. gef. Mit den Eisenbahnen wurden von allen Gattungen vom 22. Februar bis 1. März 4463 To. versandt, mithin Total-Bahnabzug vom 1. Januar bis 1. März 44,316 To., gegen 42,586 To. in 1881 bis 2. März, 29,924 To. in 1880 bis 3. März, 33,607 To. in 1879 bis 2. März, 34,116 To. in 1878 bis 6. März, 26,729 To. in 1877 bis 6. März, 42,836 To. in 1876 bis 8. März, 44,406 To. in 1875 bis 9. März und 35,652 To. in 1874 bis 10. März. Sardellen stille, 1881er 108 M., 1876er und 1875er 170 M. per Anker gefordert.

Steinkohlen. Obgleich die Preise in England fester gegangen sind, so bleibt hier bei reichlichem Lager der Markt matt. Große Weßhartley 52-53 M., große Schotten 48-50 M., Ruß- u. Schmiedekohlen 43-48 M., Small 30-32 M. gef., Englischer Schmelz-Coals 40-43 M. gefordert. Schlesische und Böhmisches Kohlen sind billiger offerirt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer auf 0 Gr. red. in mm., Wind, Wetter, Temp. i. Cels. Grad. Rows for 6. Nachm., 6. Abnds., 7. Morgs.

Am 6. Wärme-Maximum +12° Cels. Wärme-Minimum +4° Cels.

Wetterbericht vom 6. März, 8 Uhr Morgens.

Table with columns: Ort, Barom. a. 0 Gr. nach. Meeresniv. red. in mm., Wind, Wetter, Temp. i. Cels. Grad. Rows for Mullaghamore, Aberdeen, Christiansund, Ropenhagen, Stockholm, Haparanda, Petersburg, Mostau, Cort, Queenst., Brest, Helder, Solt, Hamburg, Swinemünde, Neufahrwasser, Memel, Paris, Münster, Karlsruhe, Wiesbaden, München, Leipzig, Berlin, Wien, Breslau, Neud'Arg., Kizza, Trieste.

1) Seegang leicht. 2) Seegang mäßig. 3) Grobe See, Nachmittags leichter Nebel.

Skala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Norddeuropa, 2. Küstengebiet von Irland bis Skandinavien, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung. Eine Depression von etwa 720 Km. Tiefe liegt über Nordskandinavien, unter deren Einflusse im Nord- und Ostseegebiete sowie über Nord-Central-Europa rechtstehende, vielfach stürmische Winde bei warmem, trübem Wetter mit häufigen Niederschlägen wehen. In Folge der starken nordwestlichen Luftströmung ist indes über Irland und Schottland wieder Abkühlung eingetreten, die sich wahrscheinlich rasch ostwärts auch über Deutschland ausbreiten wird. In Oesterreich-Ungarn ist das Wetter noch ruhig, heiter und trocken bei sinkender Temperatur.

Wasserstand der Warthe.

Table with columns: Posen, am 6. März, Morgens, Mittags, Abends. Values: 1,52 Meter, 1,54, 1,52.

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 6. März. (Schluß-Course.) Fests. Lond. Wechsel 20,47. Pariser do. 80,975. Wiener do. 170,00. R.-M.

St.-A. — Rheinische do. — Gess. Ludwigsb. 102 1/2. R.-M.-Pr.-Anth. 127 1/2. Reichsanl. 101 1/2. Reichsbank 148 1/2. Darmstb. 157. Meiningen B. 90. Deft.-ung. Bt. 699,50. Kreditaktien 273 1/2. Silberrente 64 1/2. Papierrente 63 1/2. Goldrente 79 1/2. Ung. Goldrente 74 1/2. 1860er Loose 120 1/2. 1864er Loose 324,00. Ung. Staatsl. 226,00. do. Oflb.-Obl. II. 92 1/2. Böhm. Westbahn 261 1/2. Elisabethb. — Nordwestbahn 176 1/2. Galizier 254. Franzosen 262 1/2. Lombarden 118 1/2. Italiener 88. 1877er Russen 87. 1880er Russen 70 1/2. II. Orientanl. 57 1/2. Zentr.-Pacifc 111 1/2. Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 57. Wiener Bankverein 104 1/2. ungarische Papierrente — Buschthaberer — Junge Dresdner —

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 276 1/2, Franzosen 262 1/2, Galizier 255, Lombarden 120, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, öfter. Goldrente —

Wien, 6. März. (Schluß-Course.) Die Börse hatte einen günstigen Verlauf, war zwar auf die Meldung von der Proklamtion des Fürsten Milan zum König von Serbien vorübergehend reservirt, schloß dann aber sehr fest.

Papierrente 75,22 1/2. Silberrente 76,20. Oester. Goldrente 93,70. Ungarische Goldrente 119,00. 1854er Loose 119,50. 1860er Loose 128,50. 1864er Loose 170,20. Kreditloose 175,00. Ungar. Prämienl. 117,50. Kreditaktien 313,50. Franzosen 306,50. Lombarden 139,00. Galizier 298,50. Kasch.-Oderb. 142,00. Pardubitzer 151,00. Nordwestbahn 207,20. Elisabethbahn 207,00. Nordbahn 2505,00. Oesterreich-ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 123,50. Anglo-Austr. 127,25. Wiener Bankverein 116,25. Ungar. Kredit 313,00. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,35. Pariser do. 47,65. Amsterdamer do. 99,05. Napoleons 9,51 1/2. Dukaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,80. Russische Banknoten 1,20 1/2. Lemberg-Gernowitsch —. Kronpr.-Rudolf 166,50. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn 302,00.

4 Prozent. ungar. Bodenkredit-Banobriefe —, Elbthal 220,50, ungarische Papierrente 87,20, ungar. Goldrente 87,75, Buschthaberer B. —. Ung. Präm. —. Estompte —.

Nach Schluß der Börse: Oester. Kreditaktien 315,00.

Wien, 6. März. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 316,75, öfter. Kreditaktien 319,50, Franzosen 308,50, Lombarden 142,50, Galizier 300,75, Anglo-Austr. —, öfter. Papierrente 75,45, do. Goldrente 94,00, Marknoten 58,75, Napoleons 9,51, Bankverein 115,25, Elbthal 222,75, ungar. Papierrente 87,50, 4 Prozent. ungar. Goldrente 88,20, 6 Proz. ungarische Goldrente 119,25, Nordwestbahn 200,00. Steigend.

Petersburg, 6. März. Wechsel auf London 24 1/2, II. Orient-Anleihe 90 1/2, III. Orientanleihe 90 1/2.

Florenz, 6. März. 5pSt. Italien. Rente 90,89, Gold 20,80.

London, 6. März. Coniols 100 1/2, Italienische 5proz. Rent. 86 1/2, Lombard. 12, 3proz. Lombarden alte 10 1/2, 3proz. do. neue 11, 5proz. Russen de 1871 82 1/2, 5proz. Russen de 1872 84 1/2, 5proz. Russen de 1873 83 1/2, 5proz. Türken de 1865 11 1/2, 3proz. fundirte Amerikaner 104, Oester. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 73 1/2, Oester. Goldrente 80, Spanien 27 1/2, Egypter 65 1/2, 4proz. preuß. Coniols 99 1/2, 4proz. bar. Anleihe —. Fest.

Platzdiscout 4 pSt. Silber —.

In die Bank floßen heute 121,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 4. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 4,85 1/2, Wechsel auf Paris 5,17 1/2, 3proz. fundirte Anleihe 102, 4 Prozentige fundirte Anleihe von 1877 —, Erie-Bahn —, Central-Pacifc 114, Newyork Centralbahn 131 1/2, Chicago-Eisenbahn 142. Cable Transfers 4,90 1/2.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 3, für andere Sicherheiten ebenfalls 3 Prozent.

Produkten-Curse.

Röln, 6. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,50, fremder loco 22,50, pr. März 22,40, per Mai 22,15, per Juli 21,90. Roggen loco 19,50, pr. März 16,40, per Mai 16,25, per Juli 16,10. Hafer loco 16,50. Rüböl loco 30,50, pr. Mai 28,80, per October 29,00.

Bremen, 6. März. Petroleum. (Schlußbericht.) ruhig. Standard white loco 7,30 bez., per April 7,45 Br., per Mai 7,55 Br., pr. Juni 7,65 Br., pr. August-Dezember 8,15. Alles Brief.

Hamburg, 6. März. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 218,00 Br., 217,00 Gd., per Mai-Juni 218,00 Br., 217,00 Gd., Roggen per April-Mai 160,00 Br., 159,00 Gd., per Mai-Juni 157,00 Br., 156,00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 57,00, per Mai 57,00, Spiritus matter, per März 39 1/2 Br., per April-Mai 39 1/2 Br., per Mai-Juni 39 1/2 Br., per Juli-August 39 1/2 Br. — Kasse fest, Umsatz 4000 Sad. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,70 Br., 7,60 Gd., per März 7,55 Gd., per August-Dezember 8,20 Gd. — Wetter: Windig.

Wien, 6. März. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Frühjahr 12,28 G., 12,30 Br. Hafer pr. Frühjahr 8,32 Gd., 8,35 Br. Mais pr. Mai-Juni 7,52 Gd., 7,57 Br.

Wien, 6. März. Produktenmarkt. Weizen loco reservirt, auf Termine lustlos, pr. Frühjahr 12,12 Gd., 12,14 Br., pr. Herbst 10,90 Gd., 10,83 Br. — Hafer pr. Frühjahr 8,10 Gd., 8,12 Br. — Mais pr. Mai-Juni 7,31 Gd., 7,33 Br. — Rohlraps pr. August-September —. — Prachtwetter.

Paris, 6. März. Rohrzucker 88° loco fest, 57,00 a 57,25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per März 65,50, pr. April 65,80, pr. Mai-August 67,12.

Paris, 6. März. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 29,75, per April 29,75, per Mai-Juni 29,60, per Mai-August 29,10, Roggen ruhig, per März 19,10, per Mai-August 19,75. Mehl 9 Marques weichend, per März 61,50, per April 61,75, per Mai-Juni 62,10, per Mai-August 61,75. — Rüböl weichend, per März 69,00, per April 69,25, per Mai-August 71,75, per September-Dezember 73,25. — Spiritus matt, per März 58,50, per April 59,00, per Mai-Juni —, per Mai-August 60,75, per Septbr.-Dezember 56,75. — Wetter: Veränderlich.

Amsterdam, 6. März. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per März 315. Roggen loco höher, auf Termine unverändert, per März 187, per Mai 188. Raps per Frühjahr 350, per Herbst 358 fl. Rüböl loco 32 1/2, per Mai 32 1/2, per Herbst 32 1/2.

Amsterdam, 6. März. Bancajinn 67.

Antwerpen, 6. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18 bez., 18 1/2 Br., per April 18 1/2 Br., pr. Mai 18 1/2 bez. und Br., per Septbr.-Dezbr. 20 1/2 bez., 20 1/2 Br. Fest.

Antwerpen, 6. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer vernachlässigt. Gerste unverändert.

London, 6. März. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 25. Februar bis 3. März: Englischer Weizen 2986, fremder 55,967, engl. Gerste 4189, fremde 4496, engl. Malzgerste 21,125, fremde —, engl. Hafer 1471, fremder 17,294 Orts. Englisches Mehl 20,570, fremdes 13,840 Sad und 124 Faß.

London, 6. März. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen. — Wetter: Milde.

London, 6. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) fremder Weizen 1/2 bis 1 sh. niedriger als vergangenen Montag. Mais fester, andere Getreidearten ruhig, unverändert.

London, 6. März. Savannazucker Nr. 12 24 1/2. Fest.

Newyork, 4. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2, Petroleum in Newyork 7 1/2, do. in Philadelphia 7 1/2, rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificated — D. 82 C. Mehl 4 D. 75 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 32 1/2 C. do. per März 1 D. 32 1/2 C., do. pr. April 1 D. 34 1/2 C., do. pr. Mai 1 D. 34 1/2 C. Mais (old mixed) 69 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Kaffee (Rio-) 9 1/2. Schmalz Marke (Wilcox) 10 1/2, do. Fairbanks 11, do. Robe u. Brothers 10 1/2. Speck (short clear) 9 1/2. Getreidefracht 4 1/2.

